

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

43. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 17. März 2005

(16.02 Uhr bis 20.56 Uhr)

5.4 Rechtsklarheit zur Straßenreinigungssatzung	27
Anfrage der FDP gemäß § 18 (3) GOS vom 17.03.2005, A 688	
Stadträtin Jutta Ebeling:.....	27
Stadtverordneter Markus Frank, CDU:.....	32
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	34
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:.....	36
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	38
Stadtverordnete Claudia Volpp, FAG:.....	40
Stadtverordnete Rosemarie Lämmer, REP:.....	41
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	42
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	43
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:.....	46
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	47
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:.....	49
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	52
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	52
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	54
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:.....	56
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	58
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	59
Stadtverordneter Markus Frank, CDU:.....	59
6.1 Workshop zur Zukunft des Kleinmarkthallenareals.....	60
Antrag der SPD vom 26.01.2005, NR 1703	
6.2 Holzgraben - Kleinmarkthalle - Berliner Straße: Lösungen aufzeigen.....	60
Antrag der CDU vom 09.02.2005, NR 1716	
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	61
7. Bebauungsplan Nr. 845 - Ehemalige Hauptpost/Zeil hier: Satzungsbeschluss - § 10 (1) BauGB a.F.i.V.m. § 244 (2) BauGB.....	61
Vortrag des Magistrats vom 10.01.2005, M 7 <u>hierzu</u> : Antrag der GRÜNEN vom 17.03.2005, NR 1784	
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	61
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	63
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:.....	64
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	66
8. Inhaltliche Zensur von Anträgen durch den Stadtverordnetenvorsteher.....	67
Antrag der PDS vom 01.02.2005, NR 1708	
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	67

Das Eigentum soll die Politik fördern und nicht bestrafen. Die GRÜNEN haben hier ein Meisterwerk vollbracht. Ihre Klientel, die in den Bürgerhäusern des Nordends, Bockenheims, Sachsenhausens wohnt, haben sie entlastet und die Haus- und Grundbesitzer belastet. Noch ein Aspekt ist interessant. Jemand, der in einem Wohnblock wohnt, kommt nie auf die Idee, einen Besen zu nehmen und vor seiner Haustüre zu kehren. In den Siedlungen jedoch ist das eher die Regel. Also, was ist passiert? Die Leute, die auch selbst vor ihren Haustüren kehren, werden belastet, die, die das nicht machen, werden entlastet. Dass die CDU das nicht mitbekommen hat, ist schon ein starkes Stück. Etwas mehr Kompetenz und Aufmerksamkeit hätte wohl Ihre Wählerschaft erwarten müssen. Deswegen sollte man nun in Ruhe und mit Besonnenheit eine neue Regelung finden, und der Magistrat sollte in Erwägung ziehen, dass die Bürger gegebenenfalls, wenn es geht und wenn sie es wünschen, ihre Straße selbst kehren können.

Wer ist schuld an diesem riesigen Flop? Alle Parteien des Viererbündnisses haben der Vorlage M 126 zugestimmt, das muss doch klar gesagt werden. Die jetzige Empörung der CDU und der anderen resultiert nicht aus dem Gerechtigkeitssinn, sondern aus der Angst, dass bei der nächsten Kommunalwahl die Wählerschaft davonläuft. Die kleinen Eigentümer der Wohnimmobilien mit Gärten sind eine typische, traditionelle CDU-Klientel. Die Ressortzuständigkeiten sind innerhalb des Viererbündnisses, obwohl man heute vom Viererbündnis nicht allzu viel mitbekommen hat, klar verteilt, und man kontrolliert sich gegenseitig politisch fast nicht mehr. Da kann es passieren, dass Interessen eigener Wähler zu kurz kommen. Die CDU hat einen Fehler gemacht, aus dem sie noch versucht, Kapital für den Wahlkampf zu schlagen. Die GRÜNEN und deren Dezernentin sollen kompromittiert werden, dabei hat sich das gesamte Viererbündnis blamiert. Wenn jemand in diesem Saal ein Recht hat, sich zu empören, dann ist das lediglich die Opposition, die damals dagegen gestimmt hat.

Zu Lasten der GRÜNEN-Dezernentin und des Umweltamtes kann man jetzt sagen, dass die handwerkliche Umsetzung der Satzung total schief gelaufen ist. Es ist zu unheimlich vielen Fehlern gekommen, abgese-

hen von der Ungerechtigkeit der Satzung per se. Es wurden Bescheide an verstorbene Bürger verschickt, und viele haben noch keinen Bescheid bekommen. Bei den Grundstücken, die nicht rechteckig geschnitten sind, wurde oft in unbegründeter Weise die breitere Straße als Basis für die Berechnung genommen. So rächt sich die Tatsache, dass auf die Befragung der Grundstückseigentümer schon im Vorfeld verzichtet wurde und dem Datenbanksystem der Stadt vertraut wurde. Man hat eine personell weniger intensive Lösung gewählt. Seit Jahren jedoch warne ich davor, das städtische Personal wegzurationalisieren, da der Bürgerservice darunter leidet. Das sind die Folgen. Diese ungerechte Straßenreinigungssatzung muss weg, sie hat systeminterne Fehler, sie muss durch eine neue ersetzt werden. Am gerechtesten wäre es natürlich, alle Bürger und Bürgerinnen in Frankfurt gleichermaßen zu belasten. Diejenigen, die vor der Haustüre selbst reinigen, mit dem halben Satz zu belasten, so oder so ähnlich.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Herr Brillante! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth, ÖkoLinX-ARL.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Abend!

Wie ernst dieses Thema ist, sieht man an den gelichteten Reihen der CDU-Fraktion. Welche Anträge liegen eigentlich vor? Das heißt, hier wird viel geredet und dann kann man schauen, was eigentlich zur Beschlussfassung vor liegt und was anschließend materiell herauskommen soll.

Es liegen Anträge wie die NR 1756 von der CDU-Fraktion vor. In diesem Antrag wird der Magistrat aufgefordert, Sachverhalte zu ermitteln. Weiterhin liegt der Antrag NR 1781 der SPD vor. Ich zitiere: „Der Magistrat wird

aufgefordert, Sachverhalte zu ermitteln.“ Ich lese in der Anfrage A 681 der FDP-Fraktion: „Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zur neuen Straßenreinigungssatzung zu beantworten.“ Schließlich gibt es noch einen Antrag der PDS, Rechtsklarheit zur Straßenreinigungssatzung zu schaffen und so weiter. Es werden sehr viele Fragen gestellt.

Das Dumme ist nur, vielleicht haben das einige übersehen, die Abstimmung war schon vor ein paar Monaten. Jetzt werden die Fragen gestellt, die damals der linken Opposition belacht wurden, die aber unsere Gründe waren, diese Satzung abzulehnen. Es geht noch weiter. Heute hat diese Debatte eine bemerkenswerte Seite. Das, was unter anderem von Luigi Brillante oder Eberhard Dähne schon gesagt wurde, muss ich nicht wiederholen, vielleicht nur noch einmal mit neuen Aspekten zusammenfassen. Jutta Ebeling hat heute Abend dicke Fehler zugegeben. Meine große Liebe zu den GRÜNEN ist bekannt. Man muss einfach gerecht sein. Sie hat gesagt, was falsch gelaufen ist. Aber es gibt noch einen Antrag, der hat mich in jeder Hinsicht am meisten gewundert und auch die Reaktionen, die darauf kamen. Es gibt nämlich den Antrag NR 1785 „Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses Straßenreinigungssatzung“. Untersucht werden soll, was man selbst mit getragen hat, denn unterschrieben ist dieser Antrag von der CDU-, SPD- und FDP-Fraktion. Das Viererbündnis gibt es zumindest in der Müllfrage nicht mehr, es ist irgendwie kompostiert, im besten Fall.

Interessant ist, dass zur Verteidigung der GRÜNEN-Dezernentin diejenige Fachfrau aus der GRÜNEN-Fraktion hier nach vorne tritt, die sich inhaltlich mit dem Thema befasst. Das ist o.k. Interessant ist aber auch - bündnisstrategisch und politisch taktisch - eine solche Papier gewordene bündnisinterne Illoyalität, nämlich drei Fraktionen gegen die vierte, mit der man sich in einem Regierungsbündnis befindet, einen Akteneinsichtsausschuss zu fordern, wo die vierte doch schon gesagt hat, was falsch gelaufen ist. Es liegen auch schon Anträge vor, in denen auch die anderen Fraktionen zugeben, wir haben alle nichts gewusst, wir haben uns vorher nicht erkundigt, jetzt müssen wir viele Fragen stellen, und bitte, liebes Parlament, entscheide doch, dass wir Fragen stellen dürfen und unser Magistrat unsere Fragen

auch noch beantwortet. Ich würde sagen, Jungs und ein paar Mädels, macht das doch unter euch aus. Fragt demnächst früher.

Wir haben die Lage, dass ein Viererbündnis vor unseren Augen zerbricht, und dass die GRÜNEN-Dezernentin nicht in dieser fachlich inhaltlichen Frage, sondern auf der anderen Seite dieses Konfliktes, nämlich in der bündnisstrategischen Frage, von ihrem Fraktionsvorsitzenden nicht verteidigt wird. Der sagt dazu kein Wort. Was sagt uns das, zwölf Monate vor den Kommunalwahlen? Da haben ein paar Leute ein paar gewaltige Probleme, und ich fühle mich an etwas erinnert, das ist wirklich eine paradoxe Situation. Ich hätte es auch lieber auf der Bundesebene gehabt, dass Joseph Fischer über eine Kriegsfrage stürzt, als über eine Visa-Affäre, bei der er wirklich Mist gemacht hat, aber die von der inhaltlichen Qualität des Problems deutlich unter dem liegt, was ein Krieg gegen Jugoslawien bedeutet. Plötzlich haben wir hier das Problem, dass eine Frage aufgebauscht wird, wo es so viele andere Fragen gab, die eine größere Bedeutung hatten, bei denen man sich hätte fetzen können.

Ich frage jetzt etwas, ohne einen Akteneinsichtsausschuss zu beantragen, da die Frage schon irgendwann beantwortet werden wird. Was steckt eigentlich dahinter, was soll dieses merkwürdige Spiel? Wir haben hier pathetische Reden gehört. Herr Frank hat draufgehauen, Herr Stein hat gesagt, das Umweltamt und das Dezernat seien liederlich und dilettantisch, das heißt, da wird ordentlich geprügelt. Mit welchem Ziel? Dann wird gefragt, als habe die CDU keine eigenen Ressourcen, sondern sei eine kleine Fraktion, die höchstens aus vier Personen besteht, völlig abhängig ist vom Magistrat und hinter nichts schauen kann, jetzt aber die Chance wittert, wegen der Bedienung der eigenen Klientel, ein paar Antworten zu bekommen. Die Masse an Scheinheiligkeit, die hier durch den Raum wabert, ist sehr merkwürdig.

Zuletzt noch zwei Bemerkungen, dann, finde ich, genügt es zu diesem Thema eigentlich schon. Es wird sozusagen alles überarbeitet, es wird auf Grund der heftigen Reaktion, wie man sehen kann nutzen heftige Reaktionen etwas, alles noch einmal zurückgefahren, als habe man mit der Sache nichts zu tun. Ich will nur sagen, der ach so völkische Herr

Hübner, der heute Abend auch ordentlich die Muskeln aufgepustet hat, hat Folgendes mitgetragen - ich will nur einen Auszug aus dem Wortprotokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 24.09.2004 vorlesen, vielleicht werden Sie sich daran erinnern -: der Stadtverordnetenvorsteher ruft Tagesordnungspunkt 11. „Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung in Frankfurt am Main“ auf und sagt: „Ich komme zu Tagesordnungspunkt 11., Straßenreinigungssatzung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Ausschussbericht abstimmen“. Ich denke, damit ist alles zum Thema Scheinheiligkeit gesagt.

Danke schön!

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt vom Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Stadtverordneten Becker.

Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir diskutieren über ein großes Problem, das in der Stadt Frankfurt im Augenblick akut besteht. Wir haben im September letzten Jahres in diesem Hause eine Straßenreinigungssatzung mehrheitlich beschlossen. Nun müssen wir erkennen, die Satzung ist falsch, und wir als CDU-Fraktion sehen einen dringenden Handlungsbedarf, jetzt zu einer neuen Form der Satzung zu kommen, und ich sage das sehr klar an dieser Stelle. Wir werden in der Maisitzung dieser Stadtverordnetenversammlung, das heißt in der nächsten Sitzung, die Aufhebung der Satzung zur Abstimmung stellen, es sei denn, die Dezernentin ist bis dahin in der Lage, eine andere modifizierte Form dieser Satzung vorzulegen. Davon gehe ich im Augenblick nicht aus, auch nicht nach den Vorträgen von heute. Deshalb wird es dazu kommen, dass wir für die nächste Sitzung den Antrag zur Aufhebung der derzeitigen Satzung stellen werden.

(Beifall)

Wir haben, und da schließe ich an das an, was Kollege Frank hier ausgeführt hat, an das, was wir in den letzten Tagen gemeinsam in sehr intensiven Gesprächen im Römerbündnis erfahren mussten, dass es an vielen Stellen handwerkliche Fehler gegeben hat. Handwerkliche Fehler in der Weise, dass wir, in einem Umfang, nicht informiert worden sind, der nicht zu akzeptieren ist, in einem Umfang, den man über lange Zeit vertrauensvoll in dieser sehr schwierigen und hoch komplexen Materie zusammen erarbeitet hat. Wohl wissend, und ich sage bewusst, dass dieses ein hoch sensibles Thema ist, mit den Erfahrungen der Vergangenheit, mit der Diskussion zum Thema Quadratwurzel. Von daher ist es für uns auch nicht nachvollziehbar, dass die Dezernentin sich über lange Zeit, wenn vielleicht auch überhaupt nicht, in diese Thematik so eingebunden gesehen hat und sich so eingebracht hat, wie es für eine verantwortliche Dezernentin aus meiner Sicht notwendig gewesen wäre.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Herr Becker, Frau Ditfurth möchte eine Zwischenfrage stellen.

Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:
(fortfahrend)

Später, ich merke es mir. Sie kommen dann am Ende noch dran.

Wir haben feststellen können, dass zum Zeitpunkt der jetzt angesetzten Umsetzung im Frühjahr, als die Daten erhoben worden sind - ich sage nicht die Daten der Modellrechnung, die uns vorgetragen worden sind, sondern die realen Daten zur Erhebung der Satzung -, es im Dezernatsbereich - ich sage das bewusst - erkennbar gewesen ist dass diese Satzung, zumindest in ihrer Veranlagung, fehlerhaft sein muss. Sonst wäre es nicht dazu gekommen, dass eine große Anzahl von Grundstücken gar nicht für die Veranlagung vorgesehen worden ist. Spätestens dann, meine Damen und Herren, Frau Stadträtin Ebeling, hätten die Alarmglocken klingeln müssen, wenn es aus bestimmten Gründen bei einer großen Zahl von Grundstücken Nachfragen hat geben müssen. Dann hätten die Alarmglocken insoweit

Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:
(fortfahrend)

Deshalb lassen Sie uns in der nächsten Sitzung eine abschließende Entscheidung treffen, mit der wir Klarheit für Frankfurt schaffen, Vertrauen wieder zurückgewinnen können und bei den Bürgerinnen und Bürgern dafür werben, dass wir eine neue verlässliche Satzung aufstellen, aber zunächst einmal gemeinsam auf die Basis der ursprünglichen alten Satzung zurückkehren.

Vielen Dank!

(Beifall)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Sie hatten mir noch versprochen, eine Zwischenfrage zu beantworten.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die Redezeit ist abgelaufen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Das hat er geschickt gemacht.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Hübner.

Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen Herren!

Wir wollen jetzt nicht viel Zeit mit Rechthaberei verschwenden.

(Zurufe)

Moment, es ging vorhin um die Frage der Verantwortlichkeit und Glaubwürdigkeit.

(Zurufe)

Das ist das größte Kapital, das ein Politiker, eine Partei oder ein politisch tätiger Mensch haben kann. Alle Zwischenrufe ändern nichts daran, ich lasse mich davon nicht irritieren. Das Thema Verantwortlichkeit und Glaubwürdigkeit hatten wir vorhin. Dazu habe ich klargestellt, wer die Verantwortlichkeit hat und wer wie glaubwürdig ist.

Jetzt ist Herr Becker auf das zu sprechen gekommen, was die BFF vorgeschlagen hat. Wir haben das nicht erst vor ein paar Wochen vorgeschlagen, sondern haben damals als einzige Fraktion, als uns der Magistratsvortrag vorlag, den wir abgelehnt haben, einen Gegenvorschlag gemacht. Es gibt kein einziges Papier, das mir vorliegt, auf dem steht, dass das rechtlich unmöglich sei. Das ist eine Behauptung, die Sie immer wieder machen, weil Sie mit diesem Vorschlag nichts vorhatten. Bei diesem Vorschlag kann jeder Bürger seine Gebühr ganz einfach nachrechnen, und wir nehmen auch dieselbe Summe ein, die wir brauchen. Das führt dazu, dass es auch bei diesem Vorschlag Gewinner und Verlierer gibt. Es ist alles sehr sorgfältig durchgerechnet und Sie können sich darauf verlassen, dass das ein absolut plausibles Modell ist. Ich hatte erst gestern einen Anruf von einem Bürger, der das für sich ausgerechnet hat, nachdem in der Frankfurter Neuen Presse die Formel stand. Er hat gesagt, wenn das so ist, wähle ich Sie lebenslanglich. Das hört man gerne.

Jetzt zu dem Selbstkehren: Es ist gefährlich, wenn Sie dieses Thema ansprechen. In der Tat hat die BFF auch in früheren Abstimmungen den Standpunkt vertreten, dass man die Sache insgesamt sehen soll. Wenn in Harheim selbst gekehrt wird, müssen Sie den Leuten in Harheim sagen, dass sie auch weniger bezahlen müssen, sonst bräuchten sie nicht selbst zu kehren. Es sei denn, sie kehren sowieso freiwillig. Wenn die Leute in Harheim oder wo auch immer selbst kehren, entsteht ein Fehlbetrag. Diesen Fehlbetrag müssen entweder die zahlen, die nicht selbst kehren oder er muss aus dem Stadtsäckel bezahlt werden, anders geht das nicht. Sie haben damals in Ihrer Verzweiflung, weil Sie

das öfter erlebe, dass ein Dezernent einen Fehler eingesteht, dass es ihm Leid tut. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zum letzten Punkt: Fehler sind individuell zurechenbar, das ist richtig. Verantwortung, im Sinne von „ich habe es nicht gewusst, weil ich nicht gefragt habe“, Herr Kollege und Fraktionsvorsitzender, „ich habe es nicht gewusst, weil ich mich auf Herrn Frank verlassen habe“ oder, weil Herr Stein gesagt hat, dass Yanki Pürsün das macht. So funktioniert das nicht. Die Verantwortung für die Fehler liegt eindeutig bei denjenigen, die genannt wurden, aber die politische Verantwortung haben wir alle zu tragen. Da kann sich niemand herausstehlen.

(Beifall)

Wie soll es weitergehen? Eine Satzung ist aus meiner Sicht weder die Bibel, noch der Koran oder sonst ein kluges altes Buch, sondern ein von uns hergestelltes Verfahren. Wenn die Mehrheit dieses Hauses feststellt, dass wir es unterschätzt haben, dass die Mehrheit der Frankfurter Bürger zwar entlastet werden, nämlich diejenigen, die in den hoch verdichteten Geschosswohnungsbauten in Sachsenhausen, Bockenheim, Bornheim und im Ostend wohnen, und das ist auch die Mehrheit der Frankfurter Bevölkerung. Allerdings haben wir nicht in Betracht bezogen, dass die Mehrheit der Grundstücksbesitzer - das sind nicht die Leute, die das Geld am Ende bezahlen - am lautesten gegen die neuen Regelungen aufschreien werden. Wenn wir das nicht mehr durchstehen, weil Sie vielleicht nicht ordentlich gefragt haben, dass das vielleicht auch etwas mit Klientel zu tun hat, dann stelle auch ich fest, dass eine Satzung, die keine Mehrheit mehr in diesem Hause hat, nicht bibelfest ist, sondern jederzeit geändert werden kann.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Herr Sikorski, Ihre Redezeit ist vorbei.

Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:
(fortfahrend)

Das ist mein letzter Satz, Herr Vorsteher.

Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, dazu müssen Vorschläge auf den Tisch. Vorschläge - das sage ich an den Kollegen Klaus Oesterling gerichtet -, die aber nicht nur problemorientiert, sondern auch lösungsorientiert sind, in Anlehnung an ein Gespräch, das heute Nacht stattgefunden hat. Er versteht es, alle anderen dürfen jetzt rätseln, was ich meine. Ich bin sicher, wir werden im Mai zu einer Lösung kommen. Wir GRÜNEN werden uns nicht gegen eine Lösung sperren, weil es in erster Linie darum geht, dass wir gemeinsam vor und hinter einer Satzung stehen.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Der Satz ist aber sehr lang, Herr Kollege.

Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:
(fortfahrend)

Wir sind dafür bereit. Ich bedanke mich!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**

Ich mache es ganz kurz. Ich fand das historisch sehr interessant, was Herr Sikorski eben über die langen Jahre der Entwicklung zu diesem Beschluss ausgeführt hat. Das bestätigt sozusagen auch die Kritik der linken Opposition hier im Hause. Außerdem muss ich sagen, dass wir heute einmal erleben, dass wirklich ein anderes Klima herrscht, und wie lebhaft und informativ es hier sein kann, wenn die Viererbande sich untereinander fetzt. Nur weiter so! Im Sinne der Aufklärung wäre es vielleicht das Beste, dieses Viererbündnis aufzulösen statt einen Akteneinsichtsausschuss einzurichten. Ich glaube, das wäre relativ konstruktiv.

Ich rede nur ganz kurz und hauptsächlich auch deswegen, weil Herr Becker das mit der

Überschreitung seiner Redezeit so geschickt gemacht hat. Ich möchte einmal etwas ganz klar sagen. Einige drücken sich darum, weil man Wähler und potenzielle Wähler nicht vor den Kopf stoßen darf. Ich will es aber tun und ganz klar sagen und mich auch von den Leuten unterscheiden: Die einen sind diejenigen, die kritisieren, weil sie ungerecht bewertet werden. Die anderen sind diejenigen - das kann man verstehen -, die sich ärgern, weil sie jetzt gerecht bewertet werden, was bei manchen heißt, mehr zu bezahlen. Das sind ganz unterschiedliche Fälle. Aber die Leute, auf die sich Herr Hübner und auch andere so gerne berufen, die rechtsextrem wählen sollen oder wollen, also BFF und Republikaner, also Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus, weil ihnen die Müllgebühren zu hoch sind, auf diese Wähler kann ich pfeifen. Die stoße ich sehr sehr gerne vor den Kopf.

(Beifall)

Wir waren - das habe ich schon gesagt, das brauche ich nur anzudeuten - gegen diese Satzung, deshalb ist es gut, dass sie jetzt hier sozusagen weggefetzt wird. Ich finde es auch besonders schön, dass speziell Herr Stein nachträglich noch etwas wissen möchte - gegen Erkenntnisinteresse kann man nie etwas haben.

Herr Becker, zur Zwischenfrage, die ich Ihnen stellen wollte: Ich fand das so schön, weil Sie gesagt haben: Wir wollen hier einen neuen Umgang miteinander. Ich liebe diesen Satz sehr. Der gehört sozusagen zum Personalführungsbaustein, den man immer abrufft, wenn man eigentlich das Gegenteil meint. Ich stelle fest, was Sie darunter verstehen: Gehört es sich, wenn Sie einen Akteneinsichtsausschuss gegen Ihren eigenen Koalitionspartner einrichten, was wohl bedeutet - anders kann ich das mit meinen mäßigen Fähigkeiten logisch nicht verstehen -, dass Sie Ihrem eigenen Koalitionspartner unterstellen, nämlich der Umweltdezernentin, dass sie die Akten nicht herausrückt und Ihnen zeigt, wenn Sie nicht einen Ausschuss gegen sie einrichten? Dass dagegen von Seiten der GRÜNEN nicht heftiger gewettert wird, kann ich ehrlich gesagt überhaupt nicht verstehen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dr. Dähne von der PDS-Fraktion. Herr Stadtverordneter, Sie haben das Wort!

**Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne,
PDS:**

Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich inhaltlich schon geäußert. Ich habe mich eben über die Formulierung „politische Verantwortung tragen wir alle“ von Herrn Sikorski sehr gefreut. Das ist eine sehr komische Sache. Er meint natürlich nicht alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, sondern die Viererbande. Was man hier sonst erlebt hat, war zum Teil eine richtige Varietéveranstaltung, das war wirklich ein Kongress der Reinwäscher. Ganz besonders schlimm waren Herr Becker und Herr Stein, aber auch über das, was Herr Oesterling von sich gegeben hat, muss man wirklich lachen. Wir sind in der Fastenzeit, es ist Zeit, Buße zu tun. Ich fordere Sie noch einmal auf, sich den Sack und die Asche abzuholen und in Sack und Asche durch dieses Haus zu gehen.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Frank von der CDU-Fraktion.

Stadtverordneter Markus Frank, CDU:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich melde mich hier noch einmal zu Wort, weil Herr Sikorski es mir nicht ermöglichte, innerhalb einer Zwischenfrage klarzustellen,